

ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Mittwoch, den 24. September 1952

Der Parteitag 1952 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde am 24. September um 15.15 Uhr in Dortmund eröffnet. Nach einem feierlichen Orgel-Vorspiel hielt der Vorsitzende des Bezirks Westliches Westfalen und Oberbürgermeister von Dortmund, Fritz Henßler, die

Gedenkrede für den verstorbenen Vorsitzenden der SPD,

Dr. Kurt Schumacher

Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen!

Diese Feierstunde ist dem Gedenken unseres Kurt Schumacher gewidmet. Wir alle in der Partei hatten die Hoffnung, daß der Parteitag in anderem Sinne, als es jetzt geschehen muß, in dem wir des Toten ehrend gedenken, im Zeichen der Persönlichkeit Kurt Schumachers stehen würde. Wir hofften, ihn nach langer Krankheit auf diesem Parteitag wieder aktiv erleben zu können als den ersten Mann der Partei und als den Hauptsprecher zu dem Thema „Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vorranglichstes Ziel sozialdemokratischer Politik“.

Unser Wunsch war auch sein Wunsch. Von ihm selbst stammt die Thematikfestlegung. Sein Sehnen und Denken war auf diese Stunde und auf diese Aufgabe konzentriert. Und auch nach seinem Wunsch sollte damit seine Rückkehr in die aktive Politik eingeleitet werden.

Das Schicksal wollte es anders. Oft beschlichen uns während der Monate seiner schweren Krankheit peinigende Zweifel, ob seinem und unserem Wunsch des Wiedersehens auf diesem Parteitag und des Wiederbeisammenseins in kämpfender Gemeinschaft Erfüllung beschieden sein würde. Und dann kam zu einem Zeitpunkt, als wir glaubten, diese Zweifel seien fast endgültig behoben, die Entscheidung, daß es dieses Wiedersehen und dieses Zusammensein nicht mehr geben sollte.

Die Aufgabe, die ihm als dem ersten Mann unserer Partei in Deutschlands größter Not gestellt war, war außergewöhnlich in Größe und Verantwortung. Diese Aufgabe meisterte er, obwohl er ein körperliches Wrack war als Folge besonders der Verfolgung und der Mißhandlungen, die er weit über ein Jahrzehnt lang in den KZ der Nazis über sich ergehen lassen mußte, weil er unbeugsam in seiner Gesinnung als demokratischer Sozialist blieb.

Niemand hätte ihm nach diesem Erleben gram sein können, wenn er am Ende dieser Leidenszeit von dem Verlangen des Rachenehmens und dem Verlangen, daß ihm nun alle möglichen Bequemlichkeiten zum Leben gegeben werden müßten, erfüllt gewesen wäre. Nichts davon, sondern sein Sinnen war auf Kampf für ein hohes sittliches Ziel gestellt. Es galt dem Verlangen, eine neue Lebensordnung zu zimmern, um solche Methoden des Barbarismus endgültig überwinden zu können. Er sah zuerst das zerschlagene und zertrümmerte Heimatland; er sah die Not der Menschen und die unfriedliche Welt, und er vergaß sich darüber fast selbst in dem Verlangen nach einer neuen Ordnung, damit dieses Chaos beseitigt werde und die Menschen allmählich einem Leben zugeführt werden können frei von Sorgen und in Freiheit und Recht.

Sein Tod ist nicht nur ein unsagbarer Verlust für unsere Partei. Auch das deutsche Volk und darüber hinaus die ganze nach wahren Frieden sich sehrende Menschheit hat mit seinem Tod einen der Besten und Befähigten verloren.

Ein gewisses Ahnen dieses großen Verlustes ließ die Anteilnahme erkennen, die anlässlich seines Todes auch auf der gegnerischen Seite und über unser Volk hinaus zum Ausdruck kam. Bei dieser ihm wahrlich gebührenden Würdigung des Menschen und Politikers Schumacher drängte sich mir die Frage auf: Warum erst dem Toten diese Würdigung, warum nicht schon zuzeiten seines Wirkens?

Es wiederholte sich, was wir bei unserem unvergeßlichen Fritz Ebert und manchem anderen Verdienstvollen erlebten, daß man erst dann zu einer objektiven Würdigung dieser Persönlichkeiten kam, als sie aus dem politischen Leben ausgeschieden waren.

Was hätte insbesondere unserem innerpolitischen Leben an stickiger und vergiftender Atmosphäre erspart werden können, wenn man schon dem lebenden Kurt Schumacher diese Achtung und Wertschätzung trotz der Verschiedenheit in der politischen Auffassung entgegengebracht und sich mit ihm auf dieser hohen menschlichen und politischen Warte auseinandergesetzt hätte! Eine solche Auseinandersetzung wäre allerdings nicht so leicht gewesen wie die Methode vager Verdächtigungen und die Methode, ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Worte zum Anlaß zu nehmen, solchen ernststen politischen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen.

Wie ganz anders war dieser Mensch und Politiker Schumacher, als er oft dargestellt wurde. Ich darf aus eigenem Erleben feststellen, er hat sich seine Aufgabe wahrhaftig nicht leicht gemacht. Ich wünschte, jede Rede, die verantwortliche Männer des politischen Lebens halten, wäre ebensosehr das Ergebnis sorgfältiger Überlegung und starker, tiefer, selbstkritischer Überprüfung seiner eigenen Haltung gewesen, wie es bei Kurt Schumacher der Fall war.

Man stellte ihn als einen herrischen, unduldsamen Diktator hin, der keine andere Meinung neben der seinen gelten ließ. Die Wirklichkeit war aber ganz anders.

Sicher, er war eine Persönlichkeit mit festem eigenem Urteil, das er sich nach gründlicher Überlegung bildete. Aber damit bewies er doch nur eine Eigenschaft, die die erste Bedingung für Führerqualität ist! Sicher, er hatte auch Führungswillen! Man muß ihm aber auch die Befähigung dazu bestätigen und, worauf es besonders ankommt, Führungswillen im Geist und Sinne der Demokratie. Das heißt, er war von dem Bewußtsein getragen, daß er dieses Führervertrauen sich täglich sozusagen neu erwerben mußte und nicht den über aller Kritik stehenden selbstherrlichen Diktator spielen konnte.

Wieder betone ich: Ich kann aus eigenem Erleben feststellen, er suchte Aussprache, und er vertrug nicht nur kritische Einwände, er wünschte, daß sie offen ausgesprochen wurden. Seine Stärke war, daß er stets auch politische Einzelheiten im Gesamtzusammenhang sah und beurteilte. Wer es mit ihm zu tun hatte, weiß, er war ein Meister der politischen Analyse. Das gab ihm überzeugende Kraft. Er war aber frei von jeder selbstgefälligen Eitelkeit, die es ihn als Prestigeverlust hätte empfinden lassen, auch Argumente gelten zu lassen, die gegen seine Auffassung vorgebracht wurden. Nur, er wollte überzeugt werden, wie er selbst überzeugen und nicht diktieren wollte.

Nichts ist törichter als das Geschwätz, daß es unter Schumacher nicht mehr, wie früher in der Sozialdemokratie üblich, freien Meinungs austausch

gegeben habe. Bei einem solchen Vergleich darf man nur nicht übersehen, daß in der gegenwärtigen Zeit die Geschehnisse oft in großer Schnelligkeit abrollen und daß deshalb Stellungnahmen erforderlich werden, ohne daß die Zeit zur vorherigen ausgiebigen Diskussion gegeben ist.

Anläßlich einer seiner großen Reden im Bundestag, die ungeteilten Beifall in der sozialdemokratischen Fraktion fand und auch bei den Gegnern tiefen Eindruck hinterließ, schilderte er mir, daß diese Rede das Ergebnis tagelanger Arbeit war und das Ergebnis von Aussprachen, die er mit einem großen Kreis von Parteigenossen vordem kritisch geführt hatte.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch ein Wort hinzufügen, sozusagen aus der Schau des Dortmunder Bezirks bzw. des Ruhrgebiets. Im Namen des Bezirks wurde ihm vorbehaltlos das Ja gegeben, daß unter seiner Führung der Neuaufbau der Partei erfolge. Mit ihm waren wir in voller Übereinstimmung in allen Fragen, die das Ruhrgebiet und die Grundstoffindustrie betrafen. Wenn heute die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet unumstritten als die führende Partei auch von den Gegnern anerkannt werden muß, dann nicht zuletzt auch deshalb, weil Kurt Schumachers Auffassung in den das Ruhrgebiet besonders angehenden Fragen hier nachhaltigen Eindruck machte. Schumacher spricht! Diese Ankündigung zündete, und zweimal erlebten wir im Dortmunder Bezirk, daß bei strömendem Regen Zehntausende kamen und aushielten, um ihn über Lebensfragen des Volkes zu hören. Ich hielt mich für verpflichtet, dieser Anerkennung unseres Kurt Schumacher hier an der Ruhr noch besonderen Ausdruck zu geben.

Es wäre nicht im Sinne von Kurt Schumacher, wenn wir seinen Tod mit Wehklagen und traurigem Kopfhängenlassen beantworten würden. Er wollte nie Mitleid, er schätzte den Arbeits- und Kampfeswillen. Könnte er uns auch heute mahnen, so würde er uns sagen, daß auch in seinem Fall gelte: Die vom Tod geschlagene Lücke so schnell wie möglich und so gut wie möglich auszufüllen, auf daß die Bewegung und die Arbeit keinen Schaden nehme.

Wir ehren ihn, wenn wir uns bewußt zeigen, daß sein Tod unsere Aufgabe und unsere Verantwortung steigere. Wir ehren ihn, wenn wir ihn als Beispiel nehmen in seiner vollen Hingabe an die große Aufgabe, die der Sozialdemokratie gestellt ist. In seinem Vorwort zu dem Entwurf eines Aktionsprogramms hat er die klare Zielrichtung des gegenwärtigen Kampfes mit den Worten umrissen:

„Die Demokratie wird von der Sozialdemokratie als eine politische, menschliche und nationale Chance für die Deutschen und für die Erhaltung des Friedens in der Welt betrachtet.“

Deshalb seine Mahnung, daß es weder eine Restaurierung des Vergangenen noch eine Lierung mit dem Bolschewismus geben dürfe. Es müsse klar erkannt werden: Ein Staat des demokratischen Sozialismus ist die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern. Indem wir dieses Kampfziel zu unserem Gelöbnis machen und indem wir in ihm ein Beispiel sehen in der Leidenschaftlichkeit und Klarheit dieses Strebens, bezeugen wir ihm unsere Verehrung, so ernst und tief, wie es seiner großen Persönlichkeit immerwährend würdig ist.

Verehrte Gäste, Genossinnen und Genossen! Namens der Partei auch noch ein Wort dankbaren Gedenkens all derer, die der Tod seit dem letzten Parteitag aus unseren Reihen nahm. Es ist eine große Zahl. Ich gedenke in besonderer Verehrung der vielen, die neben ihrer Berufsarbeit viele Stunden der Parteiarbeit widmeten und die mitgeholfen haben, der

Partei das feste innere Gefüge und die organisatorische Kraft zu geben, um die uns unsere Gegner immer wieder beneiden. Ich gedenke auch besonders derer, die aus dem klein gewordenen Kreis der alten Führerschaft von Partei und Gewerkschaften vom Tod abgerufen wurden. Manchem von uns waren sie einst Lehrmeister und Vorbilder. Von fast allen ist zu sagen, daß sie sich auch nach 1945 wieder zur Verfügung stellten und buchstäblich genommen — bis zur äußersten Kraft in der politischen und gewerkschaftlichen Front standen. Ich will mich auf wenige Namen als Beispiel beschränken. Ich denke an Carl Severing, Anna Siemsen, Hans Böckler, Adam Remmele, Fritz Tarnow. Ich möchte auch Hugo Heimann nennen, der fern der Heimat, um die er sich einst so verdient machte, im Exil in Amerika gestorben ist.

Sie alle haben sich durch ihre Arbeit ein Denkmal gesetzt. Unsere Aufgabe ist aber, dafür zu sorgen, daß ihr Schaffen und Wirken nicht in Vergessenheit gerät. Und noch einige Persönlichkeiten aus unserer Partei muß ich nennen, die, ihrem Alter nach sich sozusagen noch im Sommer des Lebens befindend, aus verantwortlichem Schaffen an führender Stelle vom Tod angefordert wurden. Ich denke an Erich Klabunde, Bruno Leddin, Ernst Roth, Willi Fischer. Sie alle leisteten selbstlos und bis zur Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst, besonders in der Fraktion des Bundestages, wertvolle und wichtigste Arbeit. Ich denke auch an Karl Brunner, von dem wir noch so viel erwarten durften, den aber ein tragischer Unfall aus einer hoffnungsreichen Tätigkeit riß.

Noch so mancher verdiente, daß er persönlich genannt würde. Ich muß aber darauf verzichten, möchte aber von dieser Stelle aus noch ein Wort des Dankes und der ehrenden Erinnerung äußern für den verstorbenen Genossen Salomon Grumbach, der uns von vielen Parteitagen her als Vertreter unserer französischen Bruderpartei bekannt ist. Wir schätzten ihn ob seines lautereren Strebens für internationale Verständigung und Freundschaft.

Wir ehren die Toten, indem wir an die Arbeit gehen und zu vollenden versuchen, was sie erstrebten!"

*

Verhalten, aber machtvoll klingt feierliche Orgelmusik auf und leitet über zur

TOTENEHRUNG

Die Versammelten erheben sich von ihren Plätzen und verharren eine Minute in andächtigem Schweigen.

Eröffnung des Parteitages

Erich Ollenhauer:

Verehrte Anwesende, liebe Gäste, Genossinnen und Genossen!

Im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heiÙe ich Sie herzlich willkommen.

Ich begrüÙe alle Gäste und alle Genossinnen und Genossen, die als Delegierte an den Verhandlungen des Parteitages teilnehmen.

Die Zahl unserer Gäste ist so groß, daß ich sie unmöglich im Rahmen dieser kurzen Eröffnungsansprache alle einzeln aufführen kann. Wir sind besonders erfreut über das große Interesse, das die in- und ausländische Presse an unseren Verhandlungen nimmt, und über die Tatsache, daß sich unter unseren Gästen zahlreiche Vertreter der in Bonn akkreditierten ausländischen Botschaften und Gesandtschaften befinden.

Unser Gruß gilt den Vertretern der Behörden, vor allem den Vertretern der gastlichen Stadt Dortmund, ihrem Oberbürgermeister und ihrem Oberstadtdirektor, unseren Freunden Fritz Henßler und Wilhelm Hansmann (Beifall). Beide repräsentieren eine sozialdemokratisch geführte Stadt, die durch ihre Leistungen, vor allem nach den schrecklichen Zerstörungen des Krieges, überzeugende Beweise bester sozialdemokratischer Kommunalpolitik erbracht hat und erbringt.

Wir danken der Stadtverwaltung für die weitgehende Hilfe, die sie uns bei der Vorbereitung und Durchführung unseres Parteitags bereits bisher gewährt hat. Ich bin sicher, daß wir uns in dieser Einladung gefolgt sind und unter unseren Gästen vertreten, so vor allem die Genossenschaften, die Naturfreunde, die Kriegsbeschädigtenorganisationen, die Mieter und die Kleingärtner.

Fast alle Organisationen in Deutschland, die uns infolge der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft oder durch den Aufgabenkreis, den sie sich gestellt haben, besonders nahestehen, sind unseren Einladungen gefolgt und sind unter unseren Gästen vertreten, so vor allem die Genossenschaften, die Naturfreunde, die Kriegsbeschädigtenorganisationen, die Mieter und die Kleingärtner.

Einen besonderen Gruß möchte ich an die Vertreter der deutschen Gewerkschaften richten, die in so großer Zahl hier anwesend sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten in besonderem Maße im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gestanden. Sie haben in machtvollen Demonstrationen den Willen ihrer Organisationen und ihrer Mitglieder zum Ausdruck gebracht, endlich eine befriedigende Regelung der Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in Betrieb und Wirtschaft zu erhalten. Wir werden auf die sachliche Bedeutung dieser Forderung nicht nur als gewerkschaftspolitische Forderung, sondern als staatspolitische Notwendigkeit im Laufe unserer Verhandlungen noch zurückkommen.

Die Gewerkschaften sind wegen ihrer Aktionen heftig angegriffen worden. Man glaubt auch sonst, die Zeit sei schon wieder gekommen, in der man die Gewerkschaften in Deutschland sehr von oben herab behandeln könnte. Die Gewerkschaften sind stark genug, um sich gegen Vorwürfe zu verteidigen und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft zu behaupten.

Ich möchte heute für die Sozialdemokratische Partei nur eins feststellen: Wenn vor allem in den letzten Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei festzustellen war, dann hat das nicht seine Ursache in einer mangelnden Überparteilichkeit der Gewerkschaften oder in einem mangelnden Respekt der Sozialdemokratischen Partei

vor den Notwendigkeiten der von uns stets bejahten Idee der Einheitsgewerkschaft, sondern darin, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der einzige zuverlässige politische Partner der Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Rechte ihrer Mitglieder und der arbeitenden Menschen in Deutschland ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Solidarität der Sozialdemokratischen Partei mit den Gewerkschaften war und ist und bleibt für uns eine Selbstverständlichkeit. Das Bedeutsamste der Entwicklung in den letzten Monaten und Jahren ist die sich immer mehr verhärtende Einheitsfront der bürgerlichen Parteien und der Kräfte des deutschen Großbesitzes im Kampf gegen die Lebensinteressen der deutschen arbeitenden Bevölkerung.

Diese Kräfte sind heute weniger als je bereit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, die sich für die Stellung des arbeitenden Menschen in einem wahrhaft demokratisch und sozial gestalteten Gemeinwesen ergeben. Es wird immer deutlicher, daß dieser Besitzblock auch weiterhin den arbeitenden Menschen als Objekt und nicht als Mitträger der Wirtschaftspolitik behandeln will.

Wir nehmen diese Kampfansage auf. Freund und Gegner sollten wissen, daß die Sozialdemokratische Partei auch in Zukunft einmütig und geschlossen an der Seite der Gewerkschaften und der von ihr vertretenen arbeitenden Menschen in Deutschland stehen und kämpfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben die große Freude, auch auf diesem Parteitag eine große Zahl von ausländischen Gästen begrüßen zu können. Fast alle in der Sozialistischen Internationale vertretenen Parteien sind hier anwesend, an der Spitze der Sekretär unserer Internationale, der Genosse Julius Braunthal. (Beifall.) Wir danken euch für euer Interesse. Mit manchem unter euch verbinden uns Jahrzehnte gemeinsamer Arbeit in der sozialistischen Jugend- und Arbeiterbewegung. Wir haben viele trübe und viele frohe Stunden miteinander verlebt. Wir haben immer wieder in gemeinsamer Arbeit um Lösungen gerungen, die gleichermaßen den Notwendigkeiten unserer Völker wie unseren Zielsetzungen als demokratische Sozialisten gerecht zu werden versuchten. Nicht immer haben wir dabei einen vollen Erfolg gehabt. Auch der demokratische Sozialismus braucht Zeit zur Gestaltung und Verwirklichung seines eigenen Zukunftsbildes.

Unser Wunsch an unsere ausländischen Freunde ist, daß auch dieser Parteitag sie davon überzeugen möge, daß in der deutschen Sozialdemokratie, der größten und geschlossensten Partei in Deutschland, der Geist der internationalen Verständigung und der Wille zum Aufbau einer freien und friedlichen Welt so lebendig sind wie in allen Phasen der Geschichte unserer Partei. (Beifall.)

Jedes Land und jede sozialdemokratische Partei hat besonders in dieser Zeit des Übergangs ihre besonderen Probleme. Sie können nur gelöst werden, wenn wir diese Besonderheiten respektieren. Wir haben den Wunsch, daß alle unsere Freunde im Ausland verstehen mögen, welche besondere Lage für die deutsche Sozialdemokratie und für die deutsche Demokratie aus den Gegebenheiten der Katastrophe von 1945 und aus der Nachkriegspolitik, der Besetzung und Teilung Deutschlands, entstanden sind.

Gestatten Sie mir noch ein besonderes Wort des Grußes an die Vertreter der Falken und der Jungsozialisten (Beifall), die auf diesem Parteitag zum erstenmal mit stärkeren Delegationen anwesend sind. Wir alle wissen um das große, für die deutsche Demokratie lebenswichtige Problem, den jungen Menschen, der jungen Generation unseres Volkes den ihr gemäßen Platz in der gemeinsamen Arbeit für eine hellere Zukunft unseres Volkes zu verschaffen. Wir haben noch viel zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Das

erste ist, daß wir diese Jugend ernst nehmen, daß wir ihr Raum geben und daß wir einsehen, daß sie anders ist und anders sein muß, als wir vor dreißig Jahren waren. Was sie braucht, ist Vertrauen.

Wenn ich die Entwicklung unserer sozialistischen Jugendarbeit in den letzten zwei Jahren überblicke, dann glaube ich, daß wir unserer Jugend dieses Vertrauen mit vollem Recht entgegenbringen können. Der Jugendtag in Hamburg im vorigen Jahr, das Internationale Jugendtreffen in Wien im Juli dieses Jahres und nicht zuletzt das große Falkenlager im Allgäu in den hinter uns liegenden Sommermonaten waren für jeden, der an diesen Veranstaltungen teilnehmen durfte, ein großes, ermutigendes Erlebnis.

In diesen jungen Menschen wächst wieder das, was wir für die Verwirklichung unserer Ziele so dringend nötig brauchen, der Geist der Solidarität und der Verantwortung für die Gemeinschaft, der Wille zur Leistung für das Ganze und — nicht zuletzt — eine neue, gerade in dieser Zeit bedeutungsvolle Weltoffenheit und Unvoreingenommenheit. Diese Entwicklung stärkt unsere Hoffnungen für die Zukunft.

Ich habe bis jetzt zu denen gesprochen, die hier in unserer Mitte weilen. Aber wir können die Arbeit unseres Parteitags nicht beginnen, ohne derer zu gedenken, die auch diesmal nur im Geist bei uns sein können. Ich denke an unsere sozialdemokratischen Vertrauensleute und Anhänger in der Sowjetzone. (Lebhafter Beifall.) Sie leben nach wie vor im Dunkel der Illegalität, viele tausend von ihnen hinter den Mauern und Stacheldrähten der Zuchthäuser, Gefängnisse und Zwangsarbeitslager. Sie haben schwerste Opfer auf sich genommen, weil sie sich nicht beugen wollten, weil sie der Idee der Freiheit und des Sozialismus nicht untreu werden wollten, weil sie kämpften für das, was uns alle verbindet und was der Menschheit höchstes Gut ist. Ihre Plätze auf diesem Parteitag sind leer. Aber sie sind im Geiste unter uns, und sie werden unter uns sein in jedem Augenblick, in dem wir hier über Weg und Ziel unserer Partei beraten und beschließen. Es kann und wird keine Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geben, die nicht entscheidend mitbestimmt wird von dem Willen, in unsere Arbeit und in unseren Kampf die Befreiung der 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone als vornehmstes Ziel einzubeziehen. (Beifall.) Es gibt keine geteilte Freiheit, und es gibt kein Nacheinander, es gibt nur ein Miteinander bis zu dem Tag, an dem wir wieder alle in Freiheit in der einen großen deutschen Sozialdemokratie vereinigt sind. (Lebhafter Beifall.)

Das weithin leuchtende Symbol dieses Kampfes ist und bleibt Berlin, der Vorposten der Demokratie und die Hauptstadt eines wiedervereinigten freien Deutschlands von morgen. Wir stehen zu Berlin. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir werden weiterhin für seine Existenz und seine Lebensmöglichkeiten arbeiten und kämpfen, denn für uns ist Berlin ein Teil der Bundesrepublik Deutschland. (Beifall.)

Wir haben leider noch an einer anderen Stelle der deutschen Grenzen einen Kampf um die Anerkennung der elementaren demokratischen Grundrechte zu führen. Es ist der Kampf um die demokratischen Freiheiten an der Saar. (Lebhafte Zustimmung.) Das Saargebiet ist ein Teil des deutschen Staatsgebietes und die Saarbevölkerung ein Teil des deutschen Volkes. Wir können und werden uns mit dem durch Besatzungsrecht geschaffenen Status an der Saar nicht abfinden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir können aber auch nicht untätig sein gegenüber der Tatsache, daß der Saarbevölkerung das einfache elementare Grundrecht der freien Bildung von demokratischen Parteien verweigert wird. Wir stehen zu unseren Genossen an der Saar, die die Bildung einer Deutschen Sozialdemokratischen Partei beantragt haben, und wir freuen uns, daß wir ihre Delegierten heute

zum erstenmal auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie als Gäste begrüßen können. (Lauter Beifall.) Die Genossen von der Saar werden aus dem Verlauf unserer Beratungen erneut die Überzeugung gewinnen, daß wir ihre Sache als unsere betrachten und daß sie auf unsere Hilfe und unsere Solidarität rechnen können.

In diesen Augenblicken, da wir von denen sprechen, die in der Sowjetzone in der Nacht der Diktatur leben müssen, von denen sprechen, die an anderen Stellen um ihre Grundrechte zu kämpfen haben, lastet auf uns allen noch ein anderer, vielleicht der bedrückendste Gedanke für jeden Menschen, der das Gefühl für Menschlichkeit und Menschenwürde in dieser grausamen Zeit nicht verloren hat. Es ist der Gedanke an unsere Kriegsgefangenen (lebhafter Beifall), die sieben Jahre nach dem Ende der Kriegshandlungen immer noch nicht in ihre Heimat und zu ihren Angehörigen zurückgekehrt sind.

Welches Maß von seelischer Not und unendlichem Leid verbirgt sich hinter diesen Schicksalen. Für die Betroffenen, die es zu erleiden haben, wird es durch die Länge der Zeit nicht leichter, denn die Wunden der Ungewißheit bluten immer von neuem. Für die zivilisierte Welt aber wirkt es wie ein Hohn gegenüber allen Bekenntnissen zu dem neuen Geist unserer Zeit.

Pathetische und ergreifende Worte sind in den letzten Jahren genug gesprochen. Uns bleibt nur eins. Ein neuer, dringender Appell an alle in der Welt, die es angeht: Im Namen der Menschlichkeit gebt endlich alle die Männer und Frauen frei, die unschuldig der Heimat ferngehalten werden. (Stürmischer Beifall.)

Und nun, Genossinnen und Genossen, laßt uns an die Arbeit gehen. Wir haben eine schwere und ernste Arbeit vor uns. Die Partei erwartet von uns, daß wir ihr für die nächsten Arbeiten und Kämpfe, die von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes sein werden, Richtung und Ziel weisen. Die Welt blickt auf uns. Unsere Verantwortung ist groß.

Zum erstenmal müssen wir auf diesem Parteitag auf den Rat, das Wissen, die Mitarbeit jenes Mannes verzichten, der so unendlich viel für uns und unser Volk seit 1945 bedeutet und geleistet hat, auf unseren Kurt Schumacher. Es entspricht aber seinem Geist, wenn wir enger zusammenrücken und entschlossen und geschlossen die Aufgaben in Angriff nehmen, die uns Zeit und Umstände aufgetragen haben.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952 ist eröffnet. (Langanhaltender Beifall.)

Genossinnen und Genossen, wir kommen zur Konstituierung des Präsidiums des Parteitages. Ich bitte um Vorschläge für das Präsidium!

Hermann Runge, Düsseldorf:

Werte Genossen! Ich gestatte mir zur Wahl des Präsidiums dieses Parteitages folgende Vorschläge zu unterbreiten:

Entsprechend den Gepflogenheiten unserer Parteitage, dem jeweils gastgebenden Bezirk die Führung der Geschäfte des Parteitages zu übergeben, schlage ich die Genossen Fritz Henbler, Dortmund, und Fritz Steinhoff, Düsseldorf, zu Vorsitzenden vor. Für die Beisitzer und Schriftführer gestatte ich mir folgenden Vorschlag: Die Genossin Edith Krappe, Berlin, den Genossen Alfred Frenzel, Südbaden, den Genossen Erich Beyer, Niedersachsen, und den Genossen Hans Schroeder, Hessen.

Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen! Sie haben die Vorschläge des Genossen Runge gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, daß die hier genannten Genossinnen und Genossen das Präsidium unseres Parteitages bilden, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Ich bitte die gewählten Genossinnen und Genossen, ihre Plätze im Präsidium einzunehmen, (Geschieht.)

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen! Namens des von Ihnen gewählten Präsidiums möchte ich Ihnen für das Vertrauen Dank sagen, das Sie uns durch diese Wahl entgegengebracht haben. Wir werden versuchen, dieses Vertrauen dadurch zu ehren, daß wir die Verhandlungen dieses Parteitages entsprechend der stolzen Tradition der sozialdemokratischen Parteitage objektiv und unparteiisch führen. Wir haben die Überzeugung, daß unsere Beratungen, Überlegungen und Beschlüsse — wie schon Erich Ollenhauer sagte — der Partei Richtschnur und Meilensteine sein werden. Von diesem Geist beseelt, wollen wir in die Beratungen unseres Parteitages eintreten. Als erstem Redner erteile ich zur Begrüßungsansprache dem Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, unserem Freunde Fritz Henßler, das Wort.

Oberbürgermeister Henßler, Dortmund:

Genossinnen und Genossen!

Namens der Stadt Dortmund begrüße ich den Parteitag.

Zum ersten Male sind wir der Ehre teilhaftig, einen Parteitag der Sozialdemokratie beherbergen zu dürfen. Ich bitte, es uns nicht nachzutragen, daß zum Teil mancherlei Unbequemlichkeiten in Kauf genommen werden müssen. Die Tatsache, daß im Kriege über 22 000 t Bomben über Dortmund abgeworfen wurden, macht jede besondere Begründung überflüssig. Und wenn ich hinzufüge, daß von den rund 148 000 Wohnungseinheiten, die wir vor dem Kriege hatten, rund 100 000 zerstört oder beschädigt worden sind und daß insbesondere im inneren Stadtkern von einer großen Anzahl von Gebäuden für öffentliche Aufgaben — Verwaltungsgebäude, Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsanlagen usw. — buchstäblich genommen nicht ein einziges Gebäude von schweren Beschädigungen verschont blieb, dann ist ebenfalls jedes weitere Wort, unsere Aufgaben und Sorgen in der Stadt Dortmund zu schildern, überflüssig.

Die aktuellste Sorge war damals die Trümmerräumung, sodann die Beseitigung jener Schäden, die durch Tausende von Sprengbomben in und unter den Straßen angerichtet wurden, die unsere Versorgungsanlagen trostlos zerstörten und — was das Schlimmste war — unsere Abwasserregelung völlig lahmlegte, denn auch die Pumpwerke waren zerstört. Bis 1947 mußten wir fast jede Arbeitskraft und fast jeden Zentner Zement, den wir bekommen konnten, für diese Arbeit verwenden, und dann erst konnten wir daran denken, an andere Aufräumungs- und Aufbauarbeiten zu gehen.

Zur Charakteristik der damaligen Lage will ich nur noch bemerken, daß es fast zwei Jahre dauerte, ehe durch die innere Stadt Dortmund wieder eine Straßenbahn schlechthin und recht fahren konnte. Die Einwohnerzahl Dortmunds war 1945 auf fast die Hälfte der Friedenszahl gesunken. Heute ist diese Friedenszahl 540 000 um einige Tausend überschritten, obwohl der Wohnungsstand noch um über 20 000 unter dem Friedensstande ist — und dabei sind Not- und Behelfswohnungen eingerechnet. In der Zusammensetzung der Bevölkerung ist aber gegenüber früher ein großer Unterschied zu verzeichnen. Ungefähr 40 000 Vertriebene und Flüchtlinge, eingerechnet einige tausend Einzelzugewanderter, sind in unserer Stadt aufgenommen

worden. Entsprechend groß ist die Zahl der noch draußen befindlichen Evakuierten, die sich zum großen Teil ebenfalls nach Dortmund zurücksehen.

Im Augenblick gesehen, ist uns hier eine unlösbare Aufgabe gestellt. Soweit uns heute Mittel für den Wohnungsbau überwiesen werden, sind sie zu rund 80 Prozent zweckgebunden. Für die Umsiedlung und für die Sonderbauprogramme, für den Bergbau und für das Stahlprogramm. Das schafft besonders für die Unterbringung der Evakuierten und der in der Stadt verbliebenen in Behelfswohnungen befindlichen Ausgebombten eine außerordentlich harte Situation. Deshalb wäre den Städten im Ruhrgebiet sehr geholfen, wenn künftig, wie das ein sozialdemokratischer Antrag für ein neues Wohnungsbauprogramm im Bundestag fordert, Sonderbauprogramme, wie z. B. für den Bergbau, nicht in das eigentliche Wohnungsbauprogramm einbezogen würden.

Wir stehen hier fast täglich vor der Frage: Wer soll bei der Wohnungszuweisung den Vortritt haben, die Vertriebenen, die Evakuierten oder die in der Stadt behelfsmäßig untergebrachten Ausgebombten — ganz abgesehen von denen, die altersmäßig allmählich in das Erwachsenenalter kommen und Familien gründen möchten. Wir glauben aber, daß man nicht nach irgendeinem starren Schema verfahren kann, sondern daß auch die Wohnungsbaupolitik sehr stark mit einer sinnvollen Politik der Arbeitsbeschaffung in Verbindung gebracht werden muß. Den Menschen an den richtigen Arbeitsplatz zu bringen, muß ebenfalls Aufgabe der Wohnungsbaupolitik sein. Und nach dieser Seite hin haben wir noch manche Überlegungen anzustellen. Obwohl Dortmund noch stark Trümmerstadt ist, müssen Freund und Gegner anerkennen, daß es 1945 niemand gegeben hat, der auch nur entfernt mit solchen Aufbauleistungen, wie wir sie heute zu verzeichnen haben, gerechnet hat.

Ich gebe gern zu, daß unter Bearbeitung der Verwaltung durch einen Sozialdemokraten und unter einem Sozialdemokraten als Vorsitz mit wenigen Ausnahmen in den wesentlichsten kommunalpolitischen Fragen in der Ratsversammlung stets einmütige Beschlüsse erreicht wurden. Das trifft, nebenbei bemerkt, auch für die Wiederaufrichtung der Westfalle zu.

In diesem Zusammenhang dürfte auch interessieren, daß die Ratsversammlung erst kürzlich einmütig die Amtszeitverlängerung des gegenwärtigen Oberstadtdirektors gefordert hat und daß seit 1946 der sozialdemokratische Oberbürgermeister stets einstimmig gewählt wurde, wobei der Genauigkeit halber auch festzustellen ist, daß die Kommunisten dabei erklärt haben, der Oberbürgermeister taue zwar nichts (Heiterkeit), und er habe nicht ihr Vertrauen, aber sie wählten ihn, weil die Kommunisten sich nicht von der Sozialdemokratie trennen ließen. (Erneute Heiterkeit.)

Die von mir eben erwähnte sachliche Zusammenarbeit ist aber für unsere Gegner im bürgerlichen Lager kein Hindernis bei dem Versuch, für die bevorstehenden Wahlen zur „Brechung der roten Herrschaft“ — wir besitzen die Hälfte der Mandate der Ratsversammlung — eine geschlossene Front im Sinne eines Bürgerblocks zustande zu bringen. Wir nehmen dies mit Gelassenheit zur Kenntnis, und unsere Erwartungen für diese Wahlen werden dadurch nicht beeindruckt.

Lassen Sie mich mit ganz wenigen Worten bei dieser Gelegenheit rückschauend etwas zu der kommunalpolitischen Lage an der Ruhr sagen. Dortmund war die einzige Stadt im Ruhrgebiet, in der schon vor dem Fall des Dreiklassenwahlrechts einige Dreiklassenmandate in sozialdemokratischer Hand gewesen sind. Der Terror der Großindustrie war so, daß insbesondere auf den Hütten kein Mensch wagte, sich offen als Sozialdemokrat zu be-

kennen, nicht einmal wagte, sich als Gewerkschaftler zu bekennen. Eine rühmliche Ausnahme machte nur der Ruhrkumpel. Er ließ sich das Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß nicht nehmen. Und dort, wo es geschlossene Bergarbeitergemeinden gab, hatten wir auch unter dem Dreiklassenwahlrecht Männer in den kommunalpolitischen Gremien.

Es ist interessant, daß sich damals die Herren Generaldirektoren von der Großindustrie in Dortmund mit dem Amt eines Stadtverordneten belasteten, um verhindern zu können, daß in dieser Verwaltung Geld ausgegeben wurde für Dinge, die nach ihrer Auffassung nicht notwendig waren. Ich habe damals als junger Redakteur an Stadtverordnetenversammlungen teilgenommen, und ich entsinne mich der Etatberatungen, bei denen die Frage untersucht wurde, ob die Klassenfrequenz bei den Volksschulen von 64 auf 63 oder 62 heruntergesetzt werden könne, und man zu dem Ergebnis kam: das geht nicht, das kostet zu viel. Das war in einer Zeit, als das Hüttenwerk Hoesch an seine Aktionäre jährlich 20 oder 25 Prozent Dividende verteilte (Hört, hört!), als bei der Union 9 Prozent Dividende verteilt wurden und die Harpener Bergbaugesellschaft, die in Dortmund ihren Verwaltungssitz hatte, rund 20 Prozent Dividende verteilte. (Hört, hört!) Sie gab dann allerdings auch dem damaligen Oberbürgermeister ein Aufsichtsratsmandat, dotiert mit 25 000 Mark, was mehr war als das, was er von der Stadt als Gehalt bezog.

Genossen, Genossinnen! Ich bringe diese Erinnerungen, um zeigen zu können, wie die Lage war, als wir nach 1919 erstmalig auf das kommunalpolitische Geschehen an der Ruhr selbst Einfluß nehmen konnten. Damals litten wir nicht nur unter den Hemmungen, die der verlorene Krieg mit sich brachte, damals standen wir auch vor der Tatsache, daß wir sehr viel nachholen mußten, was vordem versäumt war. Ich darf dabei sagen, daß der größte Teil dessen, was damals geschah, was in diesen Jahren aufgebaut wurde, im zweiten Weltkrieg wieder zerstört worden ist.

Ich erinnere an diese Dinge, um alle die unter Ihnen, die auf hoher Warte, besonders auf der Bundesebene, Politik zu machen haben, zu ersuchen und von ihnen zu fordern, daß sie es als ihre Aufgabe und im Rahmen ihrer Verantwortung ansehen, den Gemeinden von den öffentlichen Einnahmen einen solchen Teil zu lassen, daß schöpferische Leistungen möglich sind. (Lebhafter Beifall.) Ich habe das Glück oder das Pech, wie man es nehmen will, sowohl Oberbürgermeister als auch Bundestagsabgeordneter zu sein. Aber gerade deshalb weiß ich, daß diese Mahnung voll berechtigt ist. In erster Linie gilt sie der Regierungskoalition, aber dann und wann auch manchem von uns, wenn er im Eifer der Arbeit nur die Bundesaufgaben sieht. (Sehr gut!)

Zum Schluß möchte ich sagen: Nehmen Sie es mir nicht krumm, wenn ich mein Recht zu einer Begrüßungsansprache vielleicht ein klein wenig mißbraucht habe. Aber die Gelegenheit war zu günstig (Heiterkeit und Beifall), und es geschah für einen guten Zweck.

Im übrigen ist mein Wunsch, daß der Dortmunder Parteitag in der Geschichte der Sozialdemokratie zu den erfolgreichsten Tagungen zählen möge. Deshalb dem Parteitag ein herzliches Glück auf! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Als Sprecher für den Bezirk Westliches Westfalen hat Bezirkssekretär Wenke das Wort.

Heinrich Wenke, Dortmund:

Verehrte Gäste! Genossen und Genossinnen! Es erfüllt mich mit freudiger Genugtuung, diesen Parteitag in Dortmund als den ersten Parteitag in West-

falen überhaupt begrüßen zu dürfen. Ich grüße den Parteitag im Namen der 86 000 Mitglieder des Bezirks Westliches Westfalen der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Als Vorsitzender des Unterbezirks Dortmund begrüße ich den Parteitag im Namen der 23 000 Mitglieder dieses Unterbezirks (Beifall), und in besonderem Auftrag begrüße ich den Parteitag im Namen der 19 000 Mitglieder der Stadt Dortmund. (Beifall.) Der Bezirk Westliches Westfalen ist der an Mitgliedern stärkste Bezirk, der Unterbezirk Dortmund ist der an Mitgliedern stärkste Unterbezirk der Gesamtpartei. Das erfüllt uns hier natürlich mit einigem Stolz.

Während vor 1933 der Bezirk Westliches Westfalen unter den Bezirken der Gesamtpartei hinsichtlich seiner Mitgliederzahl an zehnter Stelle stand, steht er heute an erster Stelle. (Beifall.) Im Jahre 1932 hatte der Bezirk Westliches Westfalen 32 000 Mitglieder, heute sind es, wie gesagt, 86 000 Mitglieder. In der Stadt Dortmund hatten wir 1932 7200 Mitglieder, heute sind es 19 000 Mitglieder.

Die Mitgliederzahl in der Stadt Dortmund befindet sich seit 1945 in einem stetigen Aufschwung. Auch nach der Währungsreform war in Dortmund kaum eine absteigende Tendenz festzustellen. Wir sehen in dieser ständig aufsteigenden Entwicklung aber auch eine große Verpflichtung, nämlich die Durchdringung der zu uns kommenden Menschen mit sozialistischem Geist, und die politische Erziehungsarbeit betrachten wir als eine unserer Hauptaufgaben.

Die Partei in Dortmund setzt mit der aufsteigenden Entwicklung eine alte Tradition fort, eine Tradition, die bis in die Zeit Lassalles, ja bis in die Zeit der 48er Demokratie zurückgeht.

Schon im Jahre 1848, als Karl Marx das Kommunistische Manifest verfaßte und mit dem Losungsruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ in die Welt hinausschickte, als die bürgerlichen Demokraten sich für ein schwarz-rot-goldenes Großdeutschland stark zu machen versuchten und die revolutionären Kämpfe der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts besonders auch hier im Westen Deutschlands Auswirkungen zeigten, gab es in Dortmund einen Arbeiterverein, der sich unter anderem die Bildung des Arbeiters und die Sicherung der Lebensgrundlagen der Arbeiterschaft zur Aufgabe gemacht hatte.

Bereits im Jahre 1848 wurde unter der Führung dieses Arbeitervereins auf den Eisenbahnwerkstätten in Dortmund ein erfolgreicher Streik durchgeführt. Die Eisenbahndirektion versuchte, diesen Streik durch Militär im Keime zu ersticken. Die Bürger Dortmunds sympathisierten aber mit den Streikenden, sie verweigerten die Aufnahme des Militärs in Dortmund, und die Dortmunder Ratsversammlung erhob mehrfach Protest gegen die Entsendung von Militär nach Dortmund. Die Eisenbahndirektion mußte in diesem Kampf schließlich nachgeben.

Als dann später in den 60er Jahren Ferdinand Lassalle von Düsseldorf her die Agitation für den Zusammenschluß der Arbeiter entfaltete, kam es auch in Dortmund bald zur Bildung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der sich die Propagierung der Lassalleschen und Marxschen Thesen zur Aufgabe machte.

1874 beteiligten sich die Dortmunder Sozialdemokraten zum ersten Male offiziell an den Reichstagswahlen. Es ist bezeichnend, daß sie ihrer Verehrung zu Lassalle dadurch Ausdruck gaben, daß sie ihn als ihren Kandidaten zur Wahl stellten, obwohl Ferdinand Lassalle bereits zehn Jahre vorher verstorben war. Auch in den folgenden Reichstagswahlen war Ferdinand Lassalle noch der Kandidat der Dortmunder Sozialdemokraten.

Im Jahre 1878 haben die Dortmunder Sozialdemokraten ihren ersten Stadtverordneten in das Dortmunder Stadtparlament hineingebracht. Er hat bis zum Jahre 1883, noch unter dem Sozialistengesetz, dieses Mandat ausgeübt.

Das Sozialistengesetz hat dann diese Entwicklung der Arbeiterbewegung unterbrochen. Aber nach Aufhebung des Sozialistengesetzes war die Sozialdemokratie Dortmunds wieder zur Stelle. Bei der ersten Reichstagswahl im Jahre 1890 wurde sie zur zweitstärksten Partei Dortmunds, und bei der dann folgenden Reichstagswahl im Jahre 1893 wurde die Sozialdemokratie die stärkste Partei. Seitdem sind die Sozialdemokraten in Dortmund die stärkste Partei geblieben; seitdem haben sie Erfolge auf Erfolge erringen können und die Reihen der Partei stärken können.

Von den drei Bundestagswahlkreisen Dortmunds gehören heute drei, also alle, der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Die fünf Landtagswahlkreise Dortmunds gehören der Sozialdemokratie. (Erneuter Beifall.) Im Dortmunder Stadtparlament sind, wie Genosse Henßler schon gesagt hat, von 52 Stadtverordneten 26 Sozialdemokraten. Wir stellen den Oberbürgermeister, wir stellen den Oberstadtdirektor. Bei den kommenden Kommunalwahlen am 9. November hofft die Dortmunder Partei, diese Stellung nicht nur zu halten, sondern die absolute Mehrheit im Dortmunder Stadtparlament zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn Sie, meine Freunde, in diesen Tagen des Parteitages auch noch ein klein wenig Zeit finden, sich in Dortmund umzusehen, dann werden Sie auch den Eindruck bekommen von der guten kommunalpolitischen Arbeit dieser schwer zerbombten Stadt. Von dem Erlebnis dieses Parteitages werden Sie wahrscheinlich, so hoffe ich, auch den Eindruck mit nach Hause nehmen von der guten Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Dortmunds und von dem Geist der Solidarität, der in dieser Partei herrscht. Es ist unser Wunsch, daß dieser Parteitag ein Markstein in der Geschichte der deutschen Parteitage werden möge, und es ist unser Wunsch, daß Sie selbst, wenn Sie wieder an Ihre Arbeit in Ihre Heimorte zurückkehren, diesen Dortmunder Parteitag in guter Erinnerung behalten.

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat nunmehr der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette. (Beifall.)

Christian Fette, Vorsitzender des Bundesvorstandes des DGB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine ganz besondere Freude, Ihnen zu Ihrem Parteitag die herzlichsten Grüße und besten Wünsche übermitteln zu können, und zwar in doppelter Hinsicht: Einmal persönlich, da auch ich der Sozialdemokratischen Partei seit meinem 18. Lebensjahr als Mitglied angehöre und somit auf eine nahezu 40jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann, zum anderen aber besonders als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der unter seinen 6 Millionen Mitgliedern sehr viele hat, die nicht nur mit den Zielen der SPD sympathisieren, sondern eingeschriebene Mitglieder dieser Partei sind! (Beifall.)

So kommen meine Wünsche für einen guten Verlauf dieses Parteitages aus ehrlichem Herzen. Mögen die in den nächsten Tagen zu fassenden Beschlüsse — und dessen bin ich sicher — sich nicht nur zum Wohle der Partei, sondern zum Wohle der gesamten schaffenden Menschen auswirken! Die jüngste Vergangenheit hat erneut bewiesen, daß gerade die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bundestag sich mit Nachdruck für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingesetzt haben und daß besonders die Vertreter der SPD im Parlament es waren, die sich für die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung

einsetzen. In einer Zeit, in der die Gegner unserer Bewegung mit allen Mitteln versuchen, die im DGB geschaffene Einheit zu zerschlagen, berührt es mich wohlthuend, wenn ich im Entwurf zu Ihrem Aktionsprogramm lese:

„Die SPD bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassungen alle Arbeitnehmer vereinigt.“

Unser begreiflicher Wunsch ist es, daß sich dieser Gedanke auch in den anderen politischen Parteien durchsetzen möge, soweit diese auf dem Boden der Demokratie stehen! (Beifall.) Denn das Interesse aller Schaffenden erfordert die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung gegenüber Staat, Regierung und gegenüber allen politischen Parteien. Das hindert mich aber nicht, hier auszusprechen, daß wir, das heißt der DGB und die SPD, uns in der Zielsetzung in den kurz angedeuteten Punkten treffen. Wir sind uns einig in den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, einig auch im Kampf um eine soziale Demokratie, in der nur eine freie Arbeiterbewegung sich frei entfalten kann. Wir sind uns auch einig im Kampf um soziale Sicherheit für alle, die dem Staat und der Wirtschaft ein Leben lang gedient haben, einig ferner — und das unterstreiche ich besonders — im Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Einheit als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens in der Welt.

Nochmals allen Delegierten meinen Gruß und ein „Glückauf“ zu fruchtbringender Arbeit! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Nun spricht zu Ihnen der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, Gustav Dahrendorf.

Gustav Dahrendorf:

Liebe Freunde, die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung war immer das, was sie auch heute ist: ein Teil der modernen Arbeiterbewegung. Hunderttausende, also ein sehr großer Teil der mehr als 1,8 Millionen in den Konsumgenossenschaften heute wieder Organisierten, sind der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das engste verbunden. Als Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften spreche ich für sie, wenn ich Ihnen die Grüße der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung überbringe.

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist auch die Geschichte des Kampfes um den Schutz des Verbrauchers. Darüber hinaus weist die Geschichte viele Zeugnisse der engen Verbindung zwischen dem demokratischen Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung auf. Das gilt für die politische Praxis der Sozialdemokratie, das gilt für ihre Theorie, das gilt auch für die Parteitage. Sie werden daher begreifen, daß wir die Hoffnung haben, daß dieser Parteitag die Erfahrungen in der Praxis auch in den Beratungen bestätigen möge. Dabei denke ich vor allem an das Aktionsprogramm, das Sie in den nächsten Tagen verabschieden werden. Wir folgen Ihren Beratungen mit sehr wachem Interesse. Wir wünschen Ihren Beratungen Erfolg im Interesse der arbeitenden Menschen! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Bevor ich unseren ausländischen Gästen das Wort zu ihren Begrüßungsansprachen erteile, darf ich ein Telegramm verlesen, das uns die Genossin Louise Schröder geschickt hat, die, wie gestern bekannt wurde, ernstlich erkrankt ist. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Traurig, nicht dort sein zu können, sende ich herzliche Grüße und Wünsche für einen harmonischen, erfolgreichen Verlauf des Parteitages.“
Louise Schröder.“

Ich erteile jetzt das Wort dem Genossen Julius Braunthal, Sekretär der Sozialistischen Internationale.

Julius Braunthal:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es ist für mich eine ehrenvolle Aufgabe, Sie im Namen der Sozialistischen Internationale zu begrüßen. Es ist für mich noch mehr: es ist mir eine wahrhaft beglückende Aufgabe, weil ich aus eigenem Erleben sagen kann, was Ihre Partei, die deutsche Sozialdemokratie, mir und allen Genossen meiner Generation bedeutet hat.

Keiner, der nicht vor dem Jahre 1914 in der sozialistischen Bewegung gearbeitet hat, kann sich heute den überwältigenden Einfluß vorstellen, den die deutsche Sozialdemokratie auf das Denken der Sozialisten in der ganzen Welt ausübte. Die deutsche Sozialdemokratie war damals nicht allein die stärkste und bestorganisierte Partei der Sozialistischen Internationale, sie war mehr als das: sie war ihr Vorbild — das Vorbild einer sozialistischen Partei, die versuchte, in einem faszinierenden geistigen Ringen sich selbst und die Welt nach ihren Ideen umzugestalten, eine Partei, die einen beispiellosen Idealismus in den breiten Massen der Arbeiter und Intellektuellen erweckte und eine Flamme der Begeisterung für die sozialistischen Ideen entzündete, deren Strahlen die Herzen von Tausenden in den Ländern weit über Deutschland hinaus erwärmten.

Nirgends war damals der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie größer als in Österreich, in dem ich aufgewachsen bin. An allen politischen Kämpfen der deutschen Partei wie an ihrem geistigen Ringen nahmen wir in Österreich mit einem brennenden Interesse teil, als wären dies unsere ureigenen Angelegenheiten gewesen. Manche unserer begabtesten Genossen — Kautsky, Hilferding, Stampfer, Adolf Braun — wurden von der geistigen und politischen Dynamik der deutschen Partei so mächtig angezogen, daß sie ihre eigene Partei und ihr eigenes Land verließen, um in der deutschen Arbeiterbewegung zu wirken, und als ich selbst im Jahre 1912 für kurze Zeit nach Berlin übersiedelte, um in der deutschen Partei zu arbeiten und vor allem zu lernen, da hatte ich, wie jene österreichischen Genossen, keinen Augenblick lang das Gefühl, als wäre ich in einer fremden Partei — es war schlechtweg die Partei, zu der wir, die Jungen, mit Bewunderung emporblickten.

Dieses Gefühl der Verbundenheit mit der deutschen Sozialdemokratie hat mich nie verlassen, und welche Schicksale sie auch immer seither erlitten hatte — es waren furchtbar tragische Schicksale —, ihre große Vergangenheit blieb mir ein Vermächtnis. Sie verstehen nun, Genossen, wie dankbar ich für den Auftrag bin, Ihrem Parteitag die Wünsche der Sozialistischen Internationale zu übermitteln.

Die Sozialistische Internationale ist heute ein weltweiter Bund. Sie ist nicht mehr, wie in der Vergangenheit, nur eine Internationale weißer Menschen europäischer Kultur; sie ist eine wahre Internationale, die die Sozialisten aller Farben, Zungen und Kulturen vereinigt, Japaner, Inder, Neger und Malaien wie Europäer, Kanadier und Neuseeländer. Die 36 Parteien, die ihr angeschlossen sind, repräsentieren zusammen annähernd zehn Millionen organisierte Mitglieder und mehr als 62 Millionen Wähler in den fünf Kontinenten. Aber selbst diese eindrucksvollen Ziffern ergeben nur ein unzulängliches Bild der wirklichen Stärke der Internationale, denn nicht mitgezählt sind die Millionen Genossen unter der eisernen Ferse des kommunistischen und faschistischen Despotismus: die Millionen Genossen in der russischen Zone in Deutschland, in den russischen Vasallenstaaten Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, mit ihren ehemals so starken sozialdemokratischen Parteien, und schließlich in Rußland selbst und in dem faschistischen Spanien. Überall dort sind Genossen, die zu uns gehören und die von der Internationale alles erhoffen.

Ihre Partei, Genossen, die deutsche Sozialdemokratie, nimmt in der Internationale nicht allein eine so hoch geachtete Stellung ein, weil sie das „andere Deutschland“ verkörpert — das Deutschland freien Menschentums im Gegensatz zu jenem scheußlichen Ungetüm, das als Nazideutschland die Menschheit schaudern machte —, sondern auch weil sie mit einem so tiefen Bewußtsein ihrer Verantwortung, mit der Bewältigung von Aufgaben ringt, wie sie schwerer selten einer Partei zugeteilt worden waren. Es ist ihre Aufgabe, ja noch mehr: Es ist ihre geschichtliche Mission, dieses Deutschland, das sich in einem materiellen und moralischen Chaos aufgelöst hatte, im Geiste der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus zu einigen und zu erneuern.

Es ist eine wahrhaft schicksalschwere Mission, von deren Erfüllung mehr als die Zukunft Deutschlands abhängt, denn die Zukunft der Demokratie, die Zukunft des Sozialismus in der ganzen Welt, ja, noch mehr: Die Geschieke der ganzen Menschheit sind mit dem Geschick Deutschlands verflochten.

Diese Perspektive mag phantastisch übertrieben erscheinen. Aber, Genossen, hat nicht der geschichtliche Ablauf der Dinge in den letzten zwei Jahrzehnten, den wir doch alle selbst erlebt haben, die Richtigkeit dieses geschichtlichen Ausblicks erhärtet mit dem Blut der Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges?

Warum war und warum ist das Geschick Deutschlands so schicksalbestimmend für die Geschieke der Welt? Die Antwort ist: Weil Deutschland eine Schlüsselstellung in Europa und Europa eine Schlüsselstellung in der Welt einnimmt. Darum ist die innere Entwicklung Deutschlands ein entscheidender Faktor für den Gang der Weltereignisse. Weil die deutsche Sozialdemokratie nicht die Kraft hatte, zu verhindern, daß Deutschland unter die Herrschaft der Nazis fiel, wurde der zweite Weltkrieg unvermeidlich, und es war die deutsche Sozialdemokratie, die noch vor der Machtgreifung Hitlers nicht müde wurde, die Welt zu warnen, daß die Nazi-herrschaft zum Krieg führen müßte, der die ganze Menschheit mit hineinreißen würde. Auch damals, Genossen, fand man diese Warnung übertrieben. Sie hatte sich jedoch in sechs Jahren erfüllt, und zwar erfüllt mit der geradezu zwangsläufigen, unwiderstehlichen Logik der Dinge.

Dies, Genossen, gilt auch für die Entwicklungsmöglichkeiten von heute. Fiele Deutschland von heute unter die Herrschaft der Kommunisten oder wieder der Faschisten, dann würde, wie unter Hitler, der ganze europäische Kontinent der Demokratie verlorengehen, und der dritte Weltkrieg wäre nach aller menschlichen Voraussicht nicht mehr abzuwenden. Er würde unvermeidlich werden, wenn Rußland durch das Instrument einer deutschen kommunistischen Regierung seinen Machtbereich bis ins Ruhrgebiet zum Rhein ausbreitete, und er würde gleichermaßen unvermeidlich werden, wenn eine faschistisch-nationalistische Regierung Deutschland beherrschte; denn sie würde sich um den Preis der Einigung Deutschlands und der Rückgewinnung der annektierten deutschen Gebiete entweder mit Rußland gegen den Westen oder mit dem Westen gegen Rußland verbünden und vorbedacht den Krieg provozieren als die große Chance, Deutschlands Vorherrschaft in Europa wiederaufzurichten.

Diese Gefahren sind nicht eingebildet, Genossen; sie sind real und latent. Und wie in den Vorkriegsjahren nur eine mächtige, einige und geschlossene Sozialdemokratische Partei den Aufstieg der Nazis zur Macht und damit die Katastrophe des zweiten Weltkrieges hätte verhindern können, so hängt heute die Zukunft Deutschlands, die Zukunft Europas und des Weltfriedens von der Stärke der deutschen Sozialdemokratie ab. Nur eine starke, mächtige Sozialdemokratie ist fähig, zu verhindern, daß Deutschland kommunistisch oder wieder nationalistisch wird und mit Deutschland die ganze Welt wieder ins Verderben stürzt.

Darum sind die Augen der Demokratien der ganzen Welt auf Deutschland gerichtet, und darum nimmt vor allem die Sozialistische Internationale einen so tiefen Anteil an Ihrem Ringen und Kämpfen, Genossen. Wenn es jemals wahr war, daß eine Partei der Internationale auf dem Vorposten des Sozialismus und der Demokratie kämpft, so gilt dieses Wort für die deutsche Sozialdemokratie von heute. Sie steht heute auf dem Vorposten in der Weltfront des Sozialismus gegen den kommunistischen Despotismus und gegen die Gefahr, die sich aus seinem Triumph in Deutschland für den Weltfrieden entwickeln würde. Und sie steht auf dem Vorposten im Kampf gegen jene dunklen reaktionären Mächte, die Schande über Deutschland und Unheil über die Welt gebracht und sich wieder ans Tageslicht wagen, um ihr unheilvolles Werk von neuem zu beginnen. Der Kampf, den Sie, Genossen, führen, ist ein Kampf, der uns alle in der Internationale angeht. Sie, Genossen, kämpfen heute nicht allein für Ihre eigene Sache, sondern für die ganze internationale sozialistische Bewegung, denn in Ihrer eigenen Sache ist das Schicksal der ganzen Internationale verflochten.

Im Bewußtsein dieser großen, edlen und stolzen Schicksalsgemeinschaft begleiten die heißen Wünsche der Internationale Ihre Beratungen auf Ihrem Parteitag und Ihre Kämpfe um ein sozialistisches Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Die Grüße der englischen Arbeiter übermittelt uns der Internationale Sekretär der englischen Arbeiterpartei, Saul Rose.

Saul Rose:

Im Namen der Labour Party darf ich unserer Verehrung für Kurt Schumacher Ausdruck geben. Die britische Labour Party wird oft und mit einigem Recht als insular betrachtet. Wir wissen über den europäischen Kontinent nicht so viel, wie wir sollten. Aber wir alle kannten Kurt Schumacher. Wir wußten, was er im Widerstand gegen den Nazismus geleistet hat. Wir wußten, wie er die Sozialdemokratische Partei nach dem Kriege aufgebaut hat. Wir wußten, wie fest er blieb angesichts der Verlockungen der Kommunisten zu einer Zeit, als die Lage noch ungeklärt war, und wie er es auf diese Weise der SPD ermöglichte, noch einmal als die Hochburg des Widerstandes gegen den Totalitarismus jeder Färbung und gegen die Kräfte der Reaktion dazustehen. Sozialisten in der ganzen Welt stehen bei ihm in einer Dankesschuld, die sie nur dadurch abtragen können, daß sie seinem Beispiel folgen. Ihm verdanken wir es in hohem Maße, daß die internationale Sozialistische Bewegung in Deutschland eine ihrer Hauptsäulen erblicken und sich auf die machtvolle SPD verlassen kann im Kampf um die Erreichung des Sozialismus. Die Zeit ist nicht fern, da die SPD die Regierung Deutschlands bilden wird. Und dieser Erfolg wird die Erfüllung des Werkes von Kurt Schumacher sein. Über ihn kann man wohl sagen, er hätte erst sterben dürfen, nachdem er die Erfüllung seiner unermüdlichen, tapferen Arbeit erlebt hatte.

Ihre und unsere Partei sehen den nächsten Parlamentswahlen entgegen. Bei Ihnen steht der Termin dafür fest. Für uns ist er noch nicht entschieden. Er mag früher oder später kommen. Aber, wann immer er kommt, wir können euch versichern, daß wir vorbereitet und zuversichtlich sind. Wir freuen uns auf den Tag, da es eine Arbeiterregierung in England und eine sozialistische Regierung in Deutschland geben wird, und wir sind überzeugt, daß dieser Tag nicht mehr fern ist. Dann werden wir in der Lage sein, in gemeinsamer Arbeit die Schritte zu unternehmen, die unsere Länder auf den Weg zu echter Demokratie, zu echtem Sozialismus und Frieden führen werden. Solch eine gemeinsame Aktion wird von ungeheurer Bedeutung sein, nicht

nur für unsere Länder, sondern für Europa und die Welt, und zu solch einer Aktion wird es kommen.

Trotz unserer Insularität sind wir zutiefst an der Zukunft Deutschlands interessiert, von der auch unsere Zukunft abhängt. Sie alle werden die Haltung kennen, die die britische Labour Party zu den Problemen Deutschland und Europa eingenommen hat, und wir sind sehr froh darüber, daß sie eng mit der Haltung unserer deutschen Genossen übereinstimmt. Es ist dies nicht der Zeitpunkt, diesen Gegenstand weiter auszuführen. Aber lassen Sie mich dies eine sagen: daß wir in der britischen Labour Party die Notwendigkeit, ein freies, demokratisches und vereintes Deutschland zu schaffen, in den Vordergrund stellen. Und wir glauben, daß dieses Deutschland ein sozialdemokratisches Deutschland sein wird.

Ich komme hierher von der Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats, und ich gehe von hier zu unserem eigenen Parteitag. In Straßburg hatten wir Gelegenheit, die SPD-Delegation in ausführlicher und offener Aussprache zu treffen, die wir im Geiste warmer Herzlichkeit und echter brüderlicher Zusammenarbeit durchgeführt haben. Wir in der Labour Party sind vom Wunsche erfüllt, einen häufigen und engen Kontakt mit unseren sozialdemokratischen deutschen Genossen zu pflegen, und wir werden keine Gelegenheit versäumen, die enge Verbundenheit zu entwickeln, die wir uns alle wünschen.

Ich werde von eurem Parteitag zu unserem Parteitag den starken Eindruck mitnehmen, den mir die Macht, die Leistungsfähigkeit und die Einheit der SPD gemacht hat. Unsere Parteien haben die Lehre gezogen, daß die Kräfte des demokratischen Sozialismus vereint sein müssen.

In manchen Kreisen des Auslands besteht der Eindruck, der natürlich von unseren Gegnern gefördert wird, daß die britische Labour Party gespalten sei. Dieser Eindruck entspricht nicht der Wirklichkeit. Wir sind eine demokratische Partei, und das Wesen der Demokratie ist eine Vielfalt von Meinungen. Verschiedene Ansichten tragen bei zur Stärke, nicht zur Schwäche unserer Partei, weil dadurch unsere Entscheidungen gefällt werden, nach gründlicher Erwägung und Diskussion der Probleme, denen wir gegenüberstehen. Auf unserem Parteitag wird es der Welt klarwerden, daß die britische Labour Party mit ihren 6 Millionen Mitgliedern fest und geschlossen in den Reihen der sozialistischen Bewegung steht.

Erlaubt mir daher, daß ich den Genossen hier und in der ganzen deutschen Sozialdemokratie die wärmsten brüderlichen Grüße der britischen Labour Party überbringe und die Versicherung, daß wir mit euch Seite an Seite stehen, ebenso wie mit allen sozialistischen Genossen der ganzen Welt, im großen Kampf um den demokratischen Sozialismus, von dem die Zukunft der Welt abhängt. Es lebe die SPD, es lebe die internationale sozialistische Solidarität. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Die Grüße der Sozialistischen Partei Spaniens im Exil übermittelt uns Genosse Llopis.

Rodolfo Llopis (Übersetzung):

Wie vor zwei Jahren auf eurem Hamburger Parteitag, so bringe ich euch auch heute, meine lieben deutschen Genossen und Genossinnen, die brüderlichen Grüße der spanischen Sozialisten. Und zwar bringe ich nicht nur die Grüße derer, die zur Schande aller demokratischen Länder nun schon seit mehr als 13 Jahren im Exil leben, sondern auch derer, die in Spanien, in den Gefängnissen und in der Untergrundbewegung, die Fahne des Sozialismus hochhalten und unter Einsatz ihres Lebens den Kampf gegen die Franco-Tyrannie fortsetzen.

Zwischen dem Parteitag in Hamburg und dem in Dortmund besteht ein schmerzlicher Unterschied: die physische, wenn auch nicht die geistige Abwesenheit von Kurt Schumacher. Sein Tod ist ein unersetzlicher Verlust, nicht nur für euch als deutsche Sozialisten, sondern für den gesamten internationalen Sozialismus, und insbesondere für uns, das darf ich hier sagen, die spanischen Sozialisten. Durch seine Intelligenz und seine Hingabe an ein Ideal, durch die physischen und seelischen Leiden, durch die er hindurchgegangen ist, ist Kurt Schumacher nicht nur das Symbol eines zerrissenen Deutschlands, das das Opfer des Krieges und das Opfer des Nationalsozialismus ist, sondern darüber hinaus für uns alle das tragische Symbol einer Welt, die, zerrissen und von Krieg und Unterdrückung durch die totalitären Kräfte, wieder frei werden will.

Aber Kurt Schumacher war für uns spanische Sozialisten noch mehr. Er war unser treuer Freund und Verteidiger der Sache des spanischen Volkes. Als wir zum erstenmal auf dem Hamburger Parteitag miteinander sprachen, sagte er mir, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Schuld gegenüber dem spanischen Volk habe. Und er sagte weiterhin, daß die Schuld so lange wahren werde, wie das spanische Volk der Franco-Diktatur unterworfen sei. Es sei darum eine Ehrenverpflichtung der deutschen Sozialdemokratie, ohne Unterlaß und bis zum Endsieg gegen die Franco-Diktatur und für die Freiheit des spanischen Volkes zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Das ist auch der Grund dafür, daß die Franco-Presse den Tod Schumachers mit einer makabren Freude begrüßt haben, indem sie sagte, und ich zitiere dabei wörtlich, daß „mit dem Tode Schumachers von der politischen Weltbühne ein unversöhnlicher Feind Spaniens verschwindet“. (Lebhafte Rufe: Pfui!)

Das ist falsch und das ist ungerecht. Schumacher war ein Feind des Franco-Regimes, gerade weil er ein Freund Spaniens war. (Lebhafter Beifall.) Er hat nur nicht Spanien mit dem tyrannischen Regime des Generals Franco gleichgesetzt.

Ebenso haben wir spanischen Sozialisten Deutschland geliebt und den Nationalsozialismus, der uns in Spanien so viel Leid angetan hat, gehaßt.

Ihr deutschen Sozialdemokraten hattet recht, euch im Bundestag der Entsendung eines deutschen Botschafters nach Madrid zu widersetzen. Und ihr habt ebenso recht daran getan, euch dagegen zu stemmen, daß deutsche Arbeiter nach Spanien geschickt werden. Das francistische Spanien ist bestimmt nicht das richtige Klima für eine Entgiftungskur vom Totalitarismus.

Ihr deutschen Genossen und Genossinnen müßt auch weiterhin mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen, was sich dort unten abspielt. Wir alle wissen, daß eine große Anzahl von Feinden des deutschen Volkes sich nach Spanien geflüchtet hat und daß in Madrid und anderswo Komplote gegen alle demokratischen Länder geschmiedet werden. Im Moment wird viel von einem deutschen Schatz geredet, den die Nazis im letzten Augenblick in Spanien versteckt haben. Wenn dieser Kriegsschatz existiert, so gehört er dem deutschen Volke und nicht den Nazis. Tut alles, um zu verhindern, daß dieses Geld von den Feinden der Demokratie benutzt werden kann, der Welt eine neue totalitäre Herrschaft aufzuerlegen.

Man muß einmal beobachten, was sich heute in der Welt abspielt. Aus Angst vor dem Kommunismus und einer möglichen Aggression Sowjetrußlands akzeptiert und unterstützt man die reaktionärsten Kräfte in allen Ländern. (Sehr gut.) Das geht sogar so weit, daß man die absurdesten Bündnispläne wälzt, wie z. B. mit Franco, den Henker des spanischen Volkes, den man zum Stützpunkt der Verteidigung der freien Welt machen

möchte. Diese Politik stellt einen schweren Fehler dar, nicht nur gegenüber dem spanischen Volk, sondern gegenüber der gesamten freien Welt.

Wir Spanier kennen die Kommunisten, denn wir haben ihre Tyrannei in Spanien während des sogenannten Bürgerkrieges kennengelernt. Aber gerade deswegen müssen wir sagen, daß die beste Waffe zur Bekämpfung des Kommunismus darin besteht, daß man der Arbeiterschaft und mit ihr dem ganzen Volk ein Dasein bereitet, das besser und würdiger ist als das Schicksal, dem die unglücklichen Völker unterworfen sind, die unter der Herrschaft des Kremls zu leben gezwungen sind.

Die einzige Abwehr gegen den Kommunismus bilden die Sozialisten, die freie Arbeiterschaft überall in der Welt. Wir Sozialisten begehnen nicht den Fehler, eine Diktatur zu bekämpfen, indem wir uns dabei auf eine andere Diktatur stützen. Wir kämpfen gegen alle Diktaturen, gegen die von Moskau ebenso wie gegen die von Madrid. Und deshalb bin ich sicher, daß ihr deutschen Sozialisten getreu den Prinzipien des Sozialismus, in Treue an das Andenken Kurt Schumachers weiter gegen den Sowjetkommunismus und den Franco-Faschismus kämpfen werdet. Ihr werdet uns spanischen Sozialisten weiter helfen, die Demokratie in Spanien wieder aufzurichten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Die Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz überbringt jetzt der Generalsekretär der SPS, Humbert-Droz.

Jules Humbert-Droz:

Geschätzte Genossinnen und Genossen,

ich bin beauftragt, Ihrem Parteitag die brüderlichsten Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu überbringen. Als Nachbarn Deutschlands, mit derselben deutschen Kultur und als Bruderpartei haben wir ein lebhaftes Interesse an dem politischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie zur Umgestaltung Deutschlands in einen friedlichen, demokratischen, sozialfortschrittlichen und souveränen Staat.

Unser Gruß ist der Ausdruck der tiefen Solidarität unserer Partei mit Ihren Bemühungen und Kämpfen. Wir wissen, welche gewaltigen ideologischen und politischen Rückwirkungen die deutschen Ereignisse auf das Leben unseres Volkes in der Vergangenheit gehabt haben und in der Zukunft haben werden. Wir möchten diese Solidarität nach dem großen Verlust Ihres Parteivorsitzenden Kurt Schumacher, der so meisterhaft und mit einem genialen Weitblick die Zukunft des deutschen Volkes, die Zukunft Europas und die des Weltfriedens verteidigte, besonders betonen.

Ihr wißt, daß die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine gewisse Zurückhaltung im Leben der Internationale und in den Problemen der Außenpolitik ausübt. Diese Zurückhaltung ist durch die Neutralität unseres Landes bedingt, eine Neutralität, die wir Sozialdemokraten vorbehaltlos bejahen und als Staatsmaxime für die Schweiz verteidigen.

Staatsneutralität bedeutet für uns aber nicht Gesinnungsneutralität und Isolierung. Mehr als irgendein anderes Land wissen wir als kleiner, freier Staat im Zentrum Europas, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und der Freiheit in Europa und in der Welt für unser Land wie für alle anderen Länder eine Existenzfrage ist. Wir kennen die großen Gefahren, die durch den Expansionsdrang und die aggressive Politik Rußlands den freien Völkern drohen, und wir haben auch die großen Ausgaben für unsere Milizarmee bewilligt. Wir sind jedoch der Meinung, daß die militärischen Abwehrmaßnahmen allein nicht genügen, ja, daß sie sogar nicht das Wesentliche der Verteidigung bedeuten.

Westeuropa war vor fünf Jahren militärisch viel schwächer als heute. Rußland hätte ohne große militärische Bemühungen Europa überfallen und besiegen können. Aber Rußland muß mit anderen Faktoren als mit Waffen und Divisionen rechnen. Es muß mit dem Freiheitswillen der Völker, mit ihren demokratischen Traditionen, mit ihren sozialen Errungenschaften rechnen. Der Bruch mit Jugoslawien, die ständigen Säuberungen innerhalb der Volksdemokratien und der kommunistischen Parteien sind Beweise eines wachsenden Widerstandes der Arbeitermassen gegen die Diktaturmethoden Stalins innerhalb des Kominformblocks.

Die Stärkung der Demokratie und des Freiheitswillens der Völker, die Schaffung der sozialen Sicherheit, der Vollbeschäftigung und die Hebung des sozialen Niveaus der Arbeiterklasse, des Angestellten und des Bauern sind nach unserer Überzeugung für die Verteidigung der Freiheit wichtiger als die Militarisierung und die Aufrüstung.

Soziale Not, schlechte Löhne, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit bilden die fünfte Kolonne, die Rußland unbedingt braucht, um einen militärischen Vorstoß zu wagen.

Wenn die Ausgaben für die militärische Aufrüstung die Staaten so belasten, daß sie die sozialen Ausgaben kürzen und die Lage der Volksmassen verschlechtern müssen, dann ist die russische Gefahr größer, weil die Staaten, die sich verteidigen wollen, die fünfte Kolonne selbst schaffen. Was nützen zehn gut gerüstete Divisionen mehr, wenn ein Drittel oder die Hälfte dieser Soldaten Kominformanhänger sind und der Widerstandswille der Bevölkerung durch die soziale Not untergraben wird?

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat auch gegenüber der Bewegung zur Einigung Europas eine abwartende und kritische Stellung eingenommen. Die Schweiz hat vor hundert Jahren ihre Einigung durchgeführt. 25 kleine Republiken mit verschiedenen Sprachen und Kulturen, Valuta, Religionen, Traditionen und Geschichte haben nach jahrhundertelangen Kriegen und Kämpfen einen Bundesstaat gegründet.

Wir sollten aus dieser glücklichen Erfahrung im Europarat sehr aktiv mithelfen, die föderative Einigung Europas aufzubauen. Und wir sind nicht dabei, obgleich wir in der Losung der Vereinigten Staaten Europas eine alte sozialistische Forderung und den alten Traum aller Kriegsgegner und Friedliebenden erblicken.

Auch hier sind wir zurückhaltend, weil wir in diesem Europa nicht die Verwirklichung unserer alten Träume, sondern mehr eine politische und militärische Allianz eines Teiles Europas gegen einen anderen Teil Europas erblicken.

Wir glauben nicht, daß man aufbauende und dauernde Arbeit leistet, wenn die Einheit Europas auf Kosten der Spaltung Deutschlands gebaut wird und die definitive Trennung unseres Kontinents verursacht. Wir mißtrauen einem Europa, das uns eine gemeinsame Uniform geben will. Wir haben volles Verständnis für die Politik der SPD, die die Wiedervereinigung Deutschlands mit so viel Nachdruck fordert und alles bekämpft, was diese Vereinigung verzögert oder unmöglich macht.

Dasselbe Verständnis haben wir für die Politik der SPD zum Remilitarisierungsproblem.

Die Demokratisierung Deutschlands scheint uns für die Aufrechterhaltung des Friedens und für die Verteidigung der Freiheit viel wichtiger als die Remilitarisierung, und wir zweifeln, daß beides geleistet werden könnte. Der deutsche Militarismus hat nie große Sympathien für die Demokratie gezeigt, und nur mit Mißtrauen würden wir eine Neubelebung und Wiederauferstehung des

Militarismus in Deutschland sehen, selbst wenn die deutschen Einheiten in einer europäischen Armee eingegliedert werden würden.

Indem ich unser brüderliches Verständnis für Ihre Kämpfe ausdrücke, möchte ich noch zum Schluß die herzlichen Wünsche der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz für eine erfolgreiche Tagung und für die kommenden Jahre zum Ausdruck bringen.

Wir hoffen, daß die SPD an der Macht ein friedliches, freies, demokratisches und soziales Deutschland bauen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Es ist mir eine besondere Freude, das Wort erteilen zu dürfen dem Genossen Dr. Estrin, der als Vorstandsmitglied des Jüdischen Arbeiterkomitees der USA zu uns gekommen ist. (Beifall.)

Dr. S. Estrin: Im Namen der Jewish Labor Committee, des Jüdischen Arbeiterkomitees in Amerika, habe ich die Ehre, den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu begrüßen. Unser Komitee, das sich aus 500 000 Mitgliedern von Gewerkschaften, sozialistischen Gruppen und Arbeiterhilfsorganisationen zusammensetzt, hat immer in engem Kontakt mit der SPD gearbeitet. Wir möchten unterstreichen, daß das Jüdische Arbeiterkomitee in seiner internationalen Solidaritätsarbeit nie einen Unterschied der Religion und Nationalität gemacht hat. Wir sind stolz, daß es unseren Bemühungen gelungen ist, viele führende Genossen der SPD den blutigen Hitlerhänden zu entreißen und ihnen eine zeitweilige Heimat in Amerika zu geben. (Beifall.) Wir sehen jetzt viele von diesen Genossen an führenden Stellen wieder.

Ich bin sicher, es gibt hier unter den Delegierten viele, denen das Jüdische Arbeiterkomitee und seine internationale Solidaritätsarbeit bekannt ist. Es macht mir eine besondere Freude, die SPD zu begrüßen, die von uns als die stärkste Säule der Demokratie in Deutschland anerkannt ist. Wir wissen um die großen Opfer, die die SPD im Kampf gegen den Nazismus gebracht hat. Der verstorbene Genosse Kurt Schumacher war ein Opfer dieser Nazibrutalität. Die deutsche Sozialdemokratie war auch die erste Partei nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes, die die großen Sympathien für die jüdischen Opfer des Naziregimes gezeigt hat, und sie war immer bereit, den Überlebenden zu helfen.

Vor kurzer Zeit haben die Vertreter der SPD in enger Zusammenarbeit mit Vertretern unseres Komitees gearbeitet, um die Wiedergutmachungsverhandlungen zu einem siegreichen Abschluß zu bringen. Wir wünschen dem Parteitag der SPD einen guten Erfolg, und wir wünschen der Partei, daß sie wie früher weitere Erfolge im Kampf für Demokratie und Sozialismus erzielt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Nun spricht zu uns das Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, Genosse Dr. Simonen.

Dr. Simonen: Liebe Genossen! Ich habe die Ehre und Freude, dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die warmen Grüße der Sozialdemokratischen Partei Finnlands zu überbringen. Das ist mir um so angenehmer, da ja das Verhältnis zwischen unseren beiden Parteien immer das beste gewesen ist. Das ist auch ganz natürlich, denn die ideellen Wurzeln unserer Partei sind in Deutschland, und die schlagkräftige und gut organisierte deutsche Bruderpartei war das große Vorbild im praktischen Aufbau der finnischen Partei.

Die Freundschaft, die unsere Parteien vereint, ist immer ehrlich und schön gewesen. Es ist eine Freundschaft, die immer tiefer geworden ist, und ich bin davon überzeugt, daß sich diese Entwicklung auch so fortsetzen wird.

Die finnischen Sozialdemokraten haben mit besonderer Bewunderung den Kampf Dr. Kurt Schumachers verfolgt. Körperlich gebrochen, aber geistig unbesiegt, hat seine Vision und die Kraft seines Willens für den schnellen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes aus den Trümmern des Krieges eine entscheidende Bedeutung gehabt. Kurt Schumacher war ein Fahnenträger des Sozialismus nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt.

Wir Finnen haben auch die Freude gehabt, einige andere führende Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie kennenzulernen. Ich möchte besonders die Genossen Erich Ollenhauer und Andreas Gayk erwähnen, die beide mit ihrer Anwesenheit die Fünfzigjahresfeier unserer Partei beehrten.

Die Zusammenarbeit beschränkt sich aber nicht nur auf das politische Leben, sondern umfaßt auch viele andere Gebiete. So ist z. B. die Zusammenarbeit auf dem kommunalen Gebiet besonders lebendig, und mein Freund Andreas Gayk hat sie durch seine Besuche in Finnland weiter vertieft.

Um heute zu leben, braucht die freie internationale Arbeiterbewegung nicht nur Ideen, sondern auch große und kampffähige Parteien. Eine solche Partei ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wir Finnen wissen, was eure Partei für die Zukunft der ganzen freien Welt bedeutet. Wir wissen, daß sie ihre Aufgabe erfüllen wird. Es ist kaum nötig, zu sagen, daß wir mit tiefer Sympathie den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung verfolgen.

Dieser Parteitag wird Entscheidungen von der größten Bedeutung treffen, und die ganze Welt verfolgt ihn deshalb mit besonderem Interesse. Die Sozialdemokratische Partei Finnlands wünscht der deutschen Bruderpartei den besten Erfolg in dem Kampf für Freiheit, Demokratie und Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genosse Panas Fedenko spricht nun zu uns als Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei der Ukraine im Exil. (Beifall.)

Panas Fedenko: Werte Genossinnen und Genossen! Es ist mir zur Ehre, Ihren heutigen Parteitag im Namen der Sozialistischen Union von Zentral- und Osteuropa zu begrüßen. Vorerst spreche ich im Namen der Sozialistischen Union wie auch als Vertreter der Ukrainischen Sozialistischen Partei das tiefste Beileid aus zum Tode des großen Führers der SPD, Kurt Schumacher. Diesen schweren Verlust erleidet nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern die gesamte demokratische Welt.

Unsere Union, die zehn sozialistische Parteien der Völker hinter dem Eisernen Vorhang umfaßt, ist in derselben Lage, in der sich die SPD während der Hitler-Tyrannei befand: Unsere Genossen sind heute unter der kommunistischen Herrschaft und bekämpfen die Moskau-Tyrannei, die ihre Weltherrschaftspläne verfolgt. Die deutschen Sozialdemokraten, die in der Sowjetzone für die Demokratie kämpfen, verstehen unsere Lage am besten.

Die Parteien der Sozialistischen Union können ihre Meinung nur im Exil frei äußern, aber unsere Stimmen werden in unseren unterdrückten Ländern gehört. Sie wissen doch, daß die Sozialdemokratie immer der Hauptfeind der kommunistischen Diktatur war und bleibt.

Wir bekämpfen nicht nur den Kommunismus, wir sind entschlossene Gegner jeder anderen Reaktion und Diktatur in unseren Ländern.

Unsere Völker, die den Hitler-Imperialismus ertragen mußten und unter dem russischen Imperialismus leiden, der auch die verruchte Herrenvolks-Ideologie von Hitler übernommen hat, hoffen, daß die Epoche der Imperia-

lismen aller Art abgeschlossen werden sollte. Wir arbeiten gemeinsam für eine demokratische Entwicklung unserer Völker, die die stärkste Garantie der Freiheit und des Friedens nicht nur bei uns, sondern auch in ganz Europa ist.

Wenn alle europäischen Völker keinen vernünftigen Weg für eine Vereinigung im Rahmen eines demokratischen Staatenbundes finden würden, wird die Freiheit aller Völker durch die russische kommunistische Tyrannei zerstört werden.

In der Hoffnung, daß die Bäume der Tyrannei nicht zum Himmel wachsen, haben wir eine Zuversicht, daß die wiedererstandene deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf für die Festigung der Demokratie in ihrem Lande erfolgreich fortführt.

Die Zeit der Theorien ist vorbei. Wir müssen auf einem festen Boden des Realismus stehen. Die Demokratie, die Freiheit der Völker und Freiheit jedes einzelnen Menschen zeigen den einzigen Weg zum Sozialismus, zum Frieden und zum Glück der Menschheit.

Die Vorboten des italienischen Sozialismus aus der Zeit von Guiseppe Mazzini hatten eine schöne Losung geprägt:

Uomini liberi sone fratelli (Freie Menschen sind Brüder). Diese Losung sollte alle Völker Europas beseelen.

Es lebe die Freiheit der Völker und die Demokratie — politische und wirtschaftliche —, es lebe der Sozialismus!

Es lebe die SPD!

Es lebe der demokratische Bund der Völker Europas!

Vorsitzender Steinhoff: Nun spricht zu uns der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Hans Hedtoft. (Beifall.)

Hedtoft: Werte deutsche Genossen und Genossinnen! Im Namen der norwegischen, im Namen der schwedischen und im Namen der dänischen Sozialdemokratischen Partei habe ich die Ehre und die Freude, euch von diesen skandinavischen Parteien herzliche Grüße zu übermitteln. Nur einzelne skandinavische Vertreter sind hier anwesend. Ich kann euch aber versichern, daß Tausende und aber Tausende von skandinavischen Genossen in Gedanken hier sind, daß dieser deutsche Parteitag, daß eure Beschlüsse, daß der Weg, den ihr findet, mit größtem Interesse von allen nordischen Völkern und besonders von unseren nordischen Genossen verfolgt wird.

Viele von uns, die vom Norden kommen, haben vor der Hitlerzeit hier in Deutschland bei der alten Sozialistischen Arbeiterjugend und bei der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ihre organisatorische und sozialistische Lehrzeit gehabt. Viele Kontakte und persönliche Freundschaftsverbindungen haben uns an das demokratische Deutschland, das war, gebunden. Hitler, sein Krieg, die deutsche Okkupation auch von zwei skandinavischen Ländern und alles das, was diese furchtbare Zeit mit sich gebracht hat, haben unsere Freundschaft auf eine harte Probe gestellt. Wir haben uns mit allen Kräften gegen das nationalsozialistische Deutschland gewendet, nie gegen das deutsche Volk als Ganzes, und die Verbindungen mit unseren deutschen Freunden haben wir aufrechterhalten. Wir haben es als unsere Pflicht angesehen, alle antinazistischen Kräfte zu unterstützen, und wir haben so schnell, wie es möglich war, nach dem Krieg dem demokratischen Deutschland die Hand gereicht. (Beifall.)

Alle haben wir uns gefreut, und wir freuen uns auch heute über die starke Entwicklung der deutschen Sozialdemokratischen Partei.

In dem Friedensprogramm, das von der nordischen Arbeiterbewegung aufgestellt ist, treten alle nordischen Parteien für die volle Gleichberechtigung Deutschlands ein. Unserer Auffassung nach wird es nicht möglich sein, ein lebenskräftiges Europa zu schaffen ohne ein freies und gleichberechtigtes Deutschland. (Starker Beifall.)

Ein freies demokratisches Deutschland kann aber unserer Auffassung nach auch nicht geschaffen werden ohne Zusammenarbeit mit dem übrigen freien demokratischen Europa und ohne Zusammenarbeit mit den progressiven, fortschrittlichen, den Frieden wollenden Kräften der United States.

Genossinnen und Genossen! Ich bringe euch allen die besten Wünsche unserer nordischen Parteien. Ich spreche die Hoffnung aus, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nun unter der Leitung des vorgeschlagenen neuen Vorsitzenden, unseres alten, treuen, international geprägten Freundes Erich Ollenhauer, sich entwickeln kann, so daß ihr deutschen Genossen, so daß ihr deutschen Sozialdemokraten die verantwortliche politische Leitung in Deutschland übernehmen könnt. In jedem Lande ist es die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, die Voraussetzungen für eine sozial gerechte Wirtschaft zu schaffen. Gleichzeitig ist es ihre Aufgabe, die Länder in einer internationalen Zusammenarbeit zusammenzuführen mit dem Ziel, Freiheit und Frieden aufrechtzuerhalten.

Ich wünsche ein gleichberechtigtes Deutschland, das unter sozialdemokratischer Führung mit aller Konsequenz, mit allen Vorteilen und Pflichten der Gleichberechtigung, sich Seite an Seite mit uns stellt im Kampfe für Freiheit und für Frieden, für Demokratie und für Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Ich gebe nunmehr einige schriftliche Grüße aus dem Ausland bekannt:

Die Sozialdemokratische Partei Belgiens wünscht der Konferenz gute Arbeit und viel Erfolg.

Anlässlich Parteitag Sozialdemokratischer Partei Deutschlands übersenden unsere brüderlichen Grüße. Verfolgen mit Anteilnahme Euren schweren mutigen Kampf für Sozialismus und Frieden. Wir wünschen dem Kongreß unserer großen Bruderpartei, der Partei Schumachers, vollen Erfolg zu seinen Arbeiten.

Sozialdemokratische Partei Italiens
Romita Zagari

(Beifall.)

Von der Sozialistischen Partei Luxemburgs liegt hier folgendes Schreiben vor:

Bezugnehmend auf Eure Einladung vom 9. August 1952 müssen wir Euch leider mitteilen, daß wir infolge der Tagung unseres außerordentlichen politischen Parteikongresses nicht an Eurem Parteitag vom 24. bis 28. September in Dortmund teilnehmen können.

Die Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei wünscht Eurem Parteitag einen vollen Erfolg besonders im Interesse des deutschen Sozialismus und des europäischen Sozialismus im allgemeinen. (Beifall.)

Fritz Segall schreibt:

Im Gedenken an Kurt Schumacher sendet die Vereinigung deutscher Sozialdemokraten aus London Parteitag und neuem Vorsitzenden herzliche Grüße. Mit Euch verbunden wünschen wir vollen Erfolg für Bundestagswahl. Es lebe unsere große Partei.

Genossinnen und Genossen! Damit sind die ersten Begrüßungsansprachen der Vertreter unserer Bruderorganisationen für heute abgeschlossen. Erfreulicherweise ist noch eine Reihe von Vertretern, zum Teil aus früheren Zusammenkünften bekanntgeworden, ausländischer Parteien hier anwesend. Wir haben mit ihnen in Anbetracht der Tagesordnung, die wir noch erledigen müssen, vereinbart, daß sie morgen mittag während der Debatte zu uns sprechen werden. Einige werden auf der großen Schlußkundgebung am Sonntagmittag zu uns sprechen.

Ich möchte nicht unterlassen, die uns mündlich und schriftlich übermittelten Grüße und Wünsche der ausländischen Organisationen herzlichst zu erwidern, den Organisationen unseren herzlichsten Dank auszusprechen und zu versprechen, daß wir nach wie vor gemeinsam zusammenarbeiten werden im Interesse des Sozialismus und getreu unserer gemeinsamen Idee! (Beifall.)

Wir treten in die Beratung der Tagesordnung ein und kommen zunächst zur

Vorlage 1, Vorschlag für die Tagesordnung.

Vorlage Nr. 1 liegt Ihnen vor. Sie sieht vor, daß wir morgen das Referat Ollenhauer entgegennehmen, über das Referat diskutieren und am Freitag den Organisationsbericht des Parteivorstandes entgegennehmen. Der Parteivorstand schlägt Ihnen im Benehmen mit Parteiausschuß und Kontrollkommission vor, den Arbeitsplan dahingehend zu ändern, daß wir am Freitag nicht die Arbeitsberichte des Parteivorstandes hören, sondern uns vom Genossen Willy Eichler über das Aktionsprogramm berichten lassen, damit wir schon am Freitag über das Aktionsprogramm diskutieren und einer noch zu bildenden Kommission die Möglichkeit geben können, das Ergebnis der vorliegenden Anträge der Diskussion am Samstag oder Sonntag uns zur Beschlußfassung vorzulegen. Es wird also beantragt, damit einverstanden zu sein, am Freitag nicht die Arbeitsberichte des Vorstandes, sondern den Bericht Eichler auf die Tagesordnung zu setzen. Bestehen Bedenken? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle also fest, daß der Parteitag einstimmig mit dieser Änderung einverstanden ist. Der übrige Ablauf des Parteitages bleibt also entsprechend Vorlage 1 bestehen.

In Verbindung mit diesem Vorschlag ist vom Parteivorstand, Parteiausschuß und der Kontrollkommission beschlossen worden, zu empfehlen, zur gründlichen Durcharbeitung des vorliegenden Aktionsprogramms eine Kommission zu bilden. Der Parteivorstand hat von sich aus einige namentliche Vorschläge gemacht. Die Bezirke sollen noch Vorschläge machen. Mir liegen bisher keine Vorschläge der Bezirke vor. Jetzt hat Genosse Ollenhauer das Wort.

Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen!

Genosse Fritz Steinhoff hat schon darauf hingewiesen, daß Parteivorstand und Parteiausschuß den größten Wert darauf legen, daß der Parteitag genügend Zeit für die Diskussion über den Entwurf des Aktionsprogramms hat. Wir haben deshalb — wie eben beschlossen — den Bericht von Willy Eichler auf Freitag vorverlegt. Darüber hinaus möchten wir aber noch ein Stück weitergehen und dem Parteitag vorschlagen, daß wir heute abend eine besondere Redaktionskommission wählen, die die Aufgabe hat, sich mit den vorliegenden Anträgen zum Aktionsprogramm und selbstverständlich mit den Resultaten der Aussprache am Freitag zu beschäftigen. Wir schlagen die Einsetzung einer Redaktionskommission schon heute vor, weil wir der Meinung sind, daß diese Redaktionskommission sich schon vor Freitag ein

Arbeitsprogramm machen sollte, damit die Genossen und Genossinnen dieses Ausschusses bis Freitag, insbesondere aber am Samstag in der Lage sind, die sachlichen Anregungen zum Entwurf des Aktionsprogramms durchzuarbeiten mit dem Ziele, daß uns am Sonntagvormittag ein Schlußbericht dieser Redaktionskommission vorliegt, der uns in die Lage versetzt, dieses Aktionsprogramm auf diesem Parteitag zu verabschieden. Parteivorstand und Parteiausschuß legen auf diese Erledigung aus praktischen politischen Gründen den größten Wert.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen nicht, wann die nächsten Bundestagswahlen stattfinden werden. Wir wissen aber, daß dieser Bundestagswahlkampf die schwerste und entscheidendste Aufgabe unserer Partei nach 1945 sein wird und daß wir mit den Vorbereitungen für diesen Wahlkampf nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch rechtzeitig beginnen müssen. Hinzu kommt, daß am 9. November auch in drei Ländern der Bundesrepublik, nämlich in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Kommunalwahlen stattfinden, die nach Lage der Dinge weit über den kommunalpolitischen Charakter dieser Wahlen hinausgehen. Wir glauben, daß es für die Schlagkraft der Partei unerläßlich ist, daß wir schon in diesen Wahlkampf mit einem von diesem Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm an die Arbeit gehen können. Wir sind auch nach gründlicher Prüfung der vorliegenden Anträge der Überzeugung, daß es angesichts der Tatsache, daß es in der Partei über den Entwurf des Aktionsprogrammes grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht gibt, möglich ist, bei einer intensiven Arbeit des Parteitages bis zum Schluß des Parteitages ein Programm zu beschließen, das jeder Delegierte als eine gute Grundlage akzeptieren kann.

Wir haben für die Zusammenstellung dieses Aktionskomitees folgende Überlegung angestellt: Wir wollen die Genossinnen und Genossen berücksichtigen, die teils als Mitglieder des Parteivorstandes und teils als Mitarbeiter in der Vorbereitenden Kommission bereits sehr aktiv an der Vorarbeit beteiligt waren. Auf der anderen Seite möchten wir die Bezirke durch je einen Genossen berücksichtigt wissen, die durch die vorliegenden Anträge oder durch die Diskussion in ihren Bezirken ein besonders starkes Interesse an diesen Fragen bewiesen haben oder sehr wichtige sachliche Beiträge geliefert haben. Es kommt also darauf an, in diesem Ausschuß möglichst alle Anregungen und Arbeitsmöglichkeiten zur Geltung zu bringen. Unter diesem Gesichtspunkt schlägt der Parteivorstand vor, eine Redaktionskommission einzusetzen, die aus folgenden Mitgliedern besteht:

Eichler, Gayk, Gotthelf, Dr. Koch, Dr. Menzel, Prof. Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Dr. Veit, Herbert Wehner. Dazu kommt noch je ein Genosse aus folgenden Bezirken: Hamburg: Prof. Schiller; Hannover: Dr. Diederichs; Schleswig-Holstein: Eugen Lechner; Südwest: Alex Möller; Berlin: Willy Brandt; Nordrhein-Westfalen: Hermann Herberts; Bayern: Georg Kurlbaum; Hessen-Süd: Walter Hesselbach.

Wir glauben, daß wir damit eine Arbeitsgemeinschaft haben, die uns Gewähr dafür bietet, daß alle Anregungen richtig verwertet werden, und die in der Lage ist, die Bearbeitung der Anträge so vorzunehmen, daß wir am Ende dieses Parteitages einen Schlußbericht über die Aussprache und über die Kommissionsberatungen bekommen, der die Zustimmung des gesamten Parteitages finden kann. Wir bitten daher, diesen Vorschlag anzunehmen.

Vorsitzender Steinhoff:

Wird weiter das Wort gewünscht? — Bestehen Bedenken, den Vorschlag Ollenhauer zu beschließen? — Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle einstimmige Zustimmung fest.

Wir kommen zur

Vorlage Nr. 2

Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitag.

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Bestehen Bedenken, diese Geschäftsordnung anzunehmen? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle fest, daß Sie einstimmig mit Vorlage Nr. 2 einverstanden sind.

Wir kommen zur

Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Rudolf Freidhof, Kassel: Wir schlagen vor: Schleswig-Holstein: Paul Dölz; Braunschweig: Heini Edler; Berlin: Alex Völker; Bielefeld: Benz; Südwest: Steffi Restle; Franken: Heinz Schmude; Pfalz: Gustav Hochwerther; Rheinhessen: Emil Lang und schließlich Alfred Nau.

Sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle fest, daß Sie einstimmig zugestimmt haben.

Mir wird soeben mitgeteilt, daß die Redaktionskommission sich heute abend im Heidekrug zusammenfindet, um den Arbeitsplan zu beschließen. Unsere Beratungen beginnen morgen früh pünktlich 9 Uhr. Für heute sind die Beratungen geschlossen.

Schluß des 1. Verhandlungstages.